

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 21. November 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Lichtblick in trüber Zeit

Das deutsche Großunternehmertum hat sich bei der Umstellung der Wirtschaft für seinen Privatbedarf so ungeheure Reserven schaffen können, daß es nicht nur diese schweren Wirtschaftszeiten zum Teil genau so verlebt, als wenn wir keine Wirtschaftskrise hätten. Es hat auch eine kapitalistische Offensive entfaltet, über die der Rektor der Berliner Handelshochschule, Professor Bonn, im „B. T.“ sehr beachtenswerte Ausführungen macht. Während die Schwerindustriellen in der von ihnen ausgehaltenen Presse, in Reden und Denkschriften fortgesetzt — wider besseres Wissen — behaupten, daß die „Gebundenheit des jetzigen Kapitalismus durch staatliche Maßnahmen“ diese Krise wenn nicht hervorgerufen, so doch ungemein verstärkt habe, gingen sie gleichzeitig in den letzten Jahren mit planmäßigen Angriffen gegen die öffentliche Wirtschaft vor. Ueberall wollten sie das Feld der privaten Betätigung wieder ausdehnen und rechtlich soziale Einrichtungen von Reich, Ländern und Gemeinden zu Fall bringen. Sie hatten auch zu erheblichem Teil Erfolg!

Dann folgte die zweite Angriffsepoche gegen die „hohen Löhne“ der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht nur in öffentlichen Betrieben, sondern auch in der Privatindustrie. Dieser Kampf hat geradezu verheerend gewirkt auch auf das Ministerium Brüning-Stegerwald, das durch amtliche Schlichter den systematischen Lohnabbau nicht nur tolerierte, sondern zum Teil auch selber anregte. Jedenfalls haben sie dort, wo sie entscheidend waren, dem Lohnabbau nirgend Halt geboten. Man sieht also, daß der Hochkapitalismus gegenwärtig trotz der Not der Zeit als System stärker denn je ist.

Aber man hat sich auch eine Stoßtruppe für die kapitalistische Offensive geschaffen, die zwar Millionen kostet, sich aber für den Kapitalismus recht gut rentiert. Das ist die Prätorianergarde der Nationalsozialisten. Denn aller Idealismus und falscher Schein, der mit dem Namen Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wird, ist durch die Tatsache widerlegt, daß Hitler und seine Leute in der Praxis den Privatkapitalismus in Reinkultur züchten und gegen den Sozialismus in beiden Schattierungen (sei er kommunistisch, sei er sozialdemokratisch) den schärfsten Kampf führen, und zwar nicht etwa einen Geisteskampf! Bei dem einmalig mißlungenen Versuch am Rundfunk durch den Nationalsozialisten Feder gegenüber unserm Genossen Dr. Nötting ist es geblieben. Dafür wird aber der Bürgerkrieg auf der ganzen Linie systematisch fortgesetzt. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Tote und Verwundete zu zählen sind durch das politische Rowdntum.

Natürlich wollen die nationalsozialistischen Studenten bei dieser kapitalistischen Offensive nicht fehlen. So haben sie nicht nur in Berlin, sondern auch in Halle und anderen Städten einen Terror gegen andersdenkende Professoren wie Studenten entwickelt, der ungeheuerlich ist. Hier möchten wir

dem Kultusminister Dr. Grimme zurufen: Landgraf, werde hart! Seine bisherigen Methoden der Beschwichtigung scheinen gegenüber dieser Bewegung nicht zum Ziele zu führen.

Denn alle Versicherungen Hitlers, seit er die Aussicht hatte, in die Regierung zu kommen, die nationalsozialistische Bewegung wolle „legal“ bleiben, sind durch die Praxis an jedem Tage widerlegt.

Natürlich hat die Terrorspielerei der KPD. dazu nicht unerheblich beigetragen. Das scheint jetzt auch allmählich in der KPD.-Zentrale zu dämmern; denn das Zentralkomitee hat in diesen Tagen eine feierliche Erklärung herausgegeben, in der scharf gegen die „terroristischen Stimmungen“ wie auch gegen die Anwendung von „Einzelterror gegen Faschisten und Einzelüberfälle“ Stellung genommen wird unter Hinweis auf den Fall Ueberück, der aus der Tagespresse bekannt ist. Das Zentralkomitee der KPD. will mit diesen Dingen nichts zu tun haben und bezeichnet diese Vorgänge als Verzweifelungsstimmungen.

Wir möchten hoffen, daß diese Erklärung nicht der Hitlerischen gleicht, die er nur aus Sorge um die Vermeidung eines Parteiverbots abgegeben hat. Es schwirren gegenwärtig nämlich wieder allerhand Gerüchte herum, wonach die KPD. von einem Verbot erfaßt werden soll. Wir würden das für einen außerordentlichen politischen Fehler halten. Aber nach den Erklärungen des preussischen Ministers Severing ist die Panikstimmung überhaupt höchst unangebracht. Die Phantasien von einem Putsch durch Kommunisten in nächster Zeit oder durch Nationalsozialisten im Februar nächsten Jahres erklären sich nur aus nervösen Hochspannungen, ohne eine reale Basis zu haben. Denn die Machtmittel des Staates, so sagt Severing, reichen vollkommen aus, um jeden Versuch eines gewaltsamen Umsturzes im Keime zu ersticken.

So sind die Novembertage angefüllt nicht bloß vom Nebel und Regen in der Natur, sondern auch von politischem Nebel, den zu durchdringen gegenwärtig außerordentlich schwer ist. Da ist es immerhin ein Lichtblick, daß bei den Verhandlungen der Berliner Metallindustrie der Vorsitzende der Schlichtungskammer, Gewerberater Körner, das Lohnabkommen bis zum 13. Dezember unverändert verlängert hat. Es zeigt sich also der erste Halt in der Lohnsenkung. Besonders beachtenswert ist aber die Begründung des Schiedsspruches, die wir als Dokument an anderer Stelle dieser Nummer im Wortlaut veröffentlichen.

Leider sind diesem Lichtblick wenige Tage darauf wieder Lohnabbauschiedssprüche im Einzelhandel, in der Schifffahrt und in den öffentlichen Betrieben des Reiches und der Gemeinden gefolgt. Wir werden daraus die Folgerung zu ziehen haben, daß wir unsere Reihen noch stärker schließen als bisher; denn die Not muß auf die Arbeitnehmer wirken wie ein eiserner Ring, der sie zusammenhält. E. D.

Produktionsmittelvermehrung — ohne Verbrauchssteigerung

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre war gekennzeichnet durch einen starken Aufschwung der Produktionsmittelindustrien, die ihren Bestand an menschlichen Arbeitskräften und an Maschinenkräften bedeutend vermehrten, während sich die Verbrauchsgüterindustrien zumeist viel langsamer weiterentwickelten, wovon die Luxusindustrien allerdings eine wichtige Ausnahme sind. Die Vermehrung der Produktionsmittel ist an

sich ein wirtschaftlicher Vorteil, denn sie ermöglicht, daß eine wachsende Menge von Verbrauchsgütern für den menschlichen Bedarf hergestellt werden kann. Wird aber der Ausbau der Produktionsmittel so weit getrieben, daß die Erzeugungsfähigkeit die Aufnahmefähigkeit der Märkte weit überschreitet, dann wird der Vorteil in einen Nachteil verkehrt. So hat die während der letzten

Aufschwungsperiode stattgefundenen Ausblähung der Produktionsmittelindustrien zum Ausbruch der Wirtschaftskrise und der sie begleitenden Massenarbeitslosigkeit sicher ein gut Teil beigetragen. In der Zeit des Aufschwungs wurden in diesen Industrien mehr Arbeitskräfte und Kapital eingesetzt, als mit einer gesunden Entwicklung vereinbar war. Zugleich hat die ungenügende Steigerung des Lohnanteils am Wirtschaftsertrag eine entsprechende Kaufkraftsteigerung der Arbeitnehmer und damit eine raschere Ausbreitung der Verbrauchsgüterindustrien verhindert. Dem ungedeckten Bedarf der breiten Volksmassen steht eine Anhäufung von Produktionsmitteln gegenüber, die nicht erforderlich war.

Im jüngsten Jahresbericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts wird darauf hingewiesen, daß besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika während der Krise vorausgegangenen Zeit, der Hochkonjunktur, ein übergroßer Teil des Wirtschaftsertrages für den Ausbau der Wirtschaftsausrüstung verwendet wurde. Die Produktionsmittel wurden im Verhältnis zur bestehenden Verbrauchsfähigkeit in übertriebenem Umfang vermehrt. Im Verein mit anderen Anlässen hat dieser Umstand sehr viel zu den jetzigen Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts und zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Ebenso wie in den Vereinigten Staaten von Amerika war es auch in den europäischen Industrieländern, wo gleichfalls eine ungeheure Vergrößerung der Produktionskapazität stattfand. In Deutschland wurde diese Tatsache durch die Wirtschaftsenquete zweifelsfrei erwiesen. Man hat, ohne sich um die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit zu kümmern, darauf los investiert. Der Enqueteausschuß stellte fest, daß z. B. in der eisenerzeugenden Industrie die Unternehmungen „mit der Errichtung der neuen oder der Erweiterung der bisherigen Erzeugungsrstätten einen Teil ihrer bisherigen Anlagen selbst entwertet“ haben. In

anderen Produktionsmittelindustrien wurde die gleiche Kapitalvergeudung betrieben. Der übermäßige Ausbau der Betriebsanlagen mußte notwendig zu einer Ueberproduktionskrise führen, da sich auf der anderen Seite die Verbrauchsgüterindustrien nicht entsprechend ausdehnen konnten, denn es mangelte die Kaufkraft der breiten Volksschichten. — Schwer absehbare Lagerbestände häuften sich vorwiegend in den Produktionsmittelindustrien an, die in

Krisenzeiten die größte Arbeitslosigkeit aufweisen. Aus der Statistik des britischen Arbeitsministeriums geht klar hervor, daß in den

Produktionsmittelindustrien die Arbeitslosigkeit größer ist als in den Verbrauchsgüterindustrien. — Der bereits erwähnte Bericht des Internationalen Arbeitsamtes bezeichnet mit Recht als eine der Hauptaufgaben, die künftig zu lösen sind, daß der Produktions-ertrag auf den Ausbau der Wirtschaftsausrüstung einerseits und auf den Konsum andererseits in einer Weise zu ordnen sei, daß eine Störung des Gleichgewichts von Produktion und Verbrauch vermieden bleibt. —

Die Frage der Wahrung des Gleichgewichts von Produktion und Verbrauch hängt eng mit der Lohnfrage zusammen, denn die Verbrauchsfähigkeit wird vor allem von der Kaufkraft des Volkes — nicht der kleinen Schicht der Luxusverbraucher — bestimmt. Tatsache ist aber, daß während der Hochkonjunktur zwar der Arbeitgeberanteil an der Produktion stark stieg — sonst wären die übertriebenen Investitionen und die

zunahme des Luxusverbrauches nicht möglich gewesen —, wogegen sich der Arbeitnehmeranteil bestenfalls mäßig erhöhte, in manchen Ländern und manchen Industrien vielleicht überhaupt nicht. Nach einer Berechnung des Amtes für Arbeitsstatistik in Washington war der Anteil des Lohnes am Gesamtwert der Produktion 1921 um 13,3 Proz. höher, 1929 aber um 0,6 Proz. geringer als 1909. In den Jahren 1921 bis 1929 hat sich hier also der Lohnanteil verringert, wozu bemerkt werden muß, daß die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise, die auch in Amerika zu umfangreichen Lohnsenkungen führte, erst Ende 1929 einsetzte. Sicher nicht günstiger entwickelte sich der Lohnanteil am Produktionsertrag in den Ländern Europas.

Wäre eine andere Lohnpolitik befolgt worden, hätte man den Massen der Arbeitnehmer einen höheren Anteil am Ertrag der Produktion zugestanden, so hätte wahrscheinlich die Krise gar nicht von so niederdrückender Schwere werden können, als es tatsächlich geschah. Hohe Löhne hätten eine übermäßige Anhäufung von Unternehmergewinn und damit eine schädliche Ausdehnung des Produktionsapparates verhindert.

H. Fehlinger

RADIORUF FÜR DIE TOTEN

Von Franz Trescher

Du Mensch, der du abends spät heimkehrst, in dein Zimmer trittst, das Licht entzündest in der elektrischen Birne — die vier Wände stehen jetzt sorgsam um dich, über dir ist ein Dach — du schaltest für ein wenig — für ein paar Minuten,

solange die Zigarette währt — das Radio ein, brüht den kleinen Hebel hinunter und horchst.

Du hörst. Was hörst du?

Musik ist irgendwo, verlorene Sätze klat her von einem unbegreiflichen Kontinent; die Stimme des Ansagers meldet sich und Uhren ticken in den Pausen, du hörst das Gelächter aus einer großen Bar und den Weisfall, der dem wunderbaren Sogophonbläser gilt.

Dann ticken die Uhren wieder.

Und jetzt,

jetzt in dieser Stunde, da sie lachen an den weißen Tischen, Musik hören, Wein ihre Lippen neigt, ein Sogophon blau und andächtig schluchzt, jetzt — erinnere dich!

Jetzt denke an deine Toten — nicht dein Vater, nicht deine Mutter ist gemein! Die andern, die Märtyrer deiner Sache . . .

Wo willst du beginnen mit der Beschwörung? Ihre Zahl ist so groß, unendlich viele sind sie!

Gedenke des zerbrochenen Hauptes Jaurès', wie sein Blut tropft über den kleinen Marmorisch im Café Croissant, und der Blutspuren gedenk', im Tiergarten, wo sein Liebtnecht abgeschossen, meuchelten, kakt, mit dem fetten Lächeln der Sieger (er lief, schwante, fiel dann, die Augen im Rücken).

Laß emporsteigen in deinen Augen die trübe Flut

des Landwehrkanals, in den sie den Leichnam der Luxemburg warfen, vergiß nicht, verborgen im Gestrüpp, die besteckte, geschändete Leiche — Matteotti.

Und vergiß keinen deiner Genossen, gestorben in den Kerker von Rom und Florenz, von Budapest und Belgrad, von Bukarest und Bresl.

Vergiß nicht — es geschah zu Ugram — den Mann, den sie hängen ließen an seinen Daumen, zwei Tage lang,

— dem Galiläer aber reichten sie Essig und Galle — nicht die Frau, der sie, gefesselt zu Lemberg, durch die Gebärmutter glühendes Eisen stießen!

Und auch ihrer erinnere dich, deren Leib nicht die rote Fahne einhüllt, an deren Gräbern keine Choräle der Trauer tönen,

vergiß sie nicht, überseh nicht ihr stilles Weggehen, es war voll Angst und der Schmerz lag auch auf ihnen:

Vergiß nicht: den namenlosen Kuli, vor der Nilscha des Herrn hingefunken, mit tösem Scham auf den Lippen, nicht den namenlosen Neger, im Fieber gestorben beim Bahnbau im Urwald,

nicht den namenlosen weißen Arbeiter irgendwo in Europa, erschlagen bei einem Unglück in der Kohlengrube, erstickt in den tödlichen Dämpfen chemischer Werke.

Vergiß sie nicht! Mache dein Herz groß! Erfülle dich ganz mit dem Gedächtnis an die Toten deiner Klasse!

Höre: du mußt es, du darfst nicht feige sein, du mußt den Opfern unserer Idee ins Gesicht sehen —

denn du, Genosse, wirst eines Tages vor das Mikrophon treten.

Millionen werden auf deine Stimme warten, du wirst ihnen alles sagen und du wirst in das Mikrophon sprechen mit klarer, sicherer Stimme:

Es ist genug! „Wiener Arb.-Ztg.“

Umsiedlung Erwerbsloser und Kleingartenbau

Die Behörden des Reichs, der Länder und die Stadtverwaltungen beschäftigen sich in letzter Zeit eingehend mit dem Erwerbslosenproblem. Insbesondere scheinen sich die zuständigen Stellen darüber klar geworden zu sein, daß für einen großen Teil älterer Erwerbsloser auf lange Zeit hinaus keine Aussicht mehr besteht, wieder im Produktionsprozeß unterzukommen. Die Erwerbslosenunterstützung, die gegenwärtig gezahlt wird, reicht kaum zum Leben aus und bedarf deshalb einer zusätzlichen Unterstützung. In den Großstädten mit teuren Wohnungsmieten, ganz besonders in den Fällen, wo der Erwerbslose eine Neubauwohnung inne hat, ist es diesem kaum möglich, von der kargen Arbeitslosenunterstützung noch die teure Miete zu bestreiten. — Nach Ablauf der Erwerbslosenunterstützung kommt die noch geringer bemessene Krisenunterstützung zur Auszahlung; zum Schluß müssen die Wohlfahrtsämter eintreten, um die Familie des Erwerbslosen vor dem Verfall zu retten. Die Anforderungen, die an die Wohlfahrtsämter der Städte mit großer Industriebevölkerung gestellt werden, sind derart hoch, daß sich die betreffenden Gemeindeverwaltungen große Sorgen machen um die Bereitstellung der Mittel, die für derartige Unterstützungen erforderlich sind.

Die Städte sind, abgesehen von den Betriebsüberschüssen der Eigenbetriebe und den Abgaben, auf die Steuerüberweisungen des Reichs bzw. der Länder angewiesen und demzufolge in ihren Einnahmen beschränkt. Als wirksame Hilfe zur Linderung der Not der Erwerbslosen, besonders aber in den Großstädten, wird das Siedlungsproblem angesehen. Namhafte Parteien haben sich an den Reichskanzler bzw. Reichstag gewandt, um Siedlungsstellen für Erwerbslose zu schaffen. In der Annahme, daß ein großer Teil der Erwerbslosen ursprünglich vom Lande stamme, würde es keinen größeren Schwierigkeiten begegnen, einen Teil dieser Leute wieder zur Rückwanderung aufs Land zu veranlassen. Ob dieses Problem sich so leicht lösen läßt, wie sich dies die Fraktion der Staatspartei vorstellt, ist zu bezweifeln. Selbst die Tatsache, daß ein Teil der großen Güter vor dem Zusammenbruch steht, ist noch kein Beweis dafür, daß diese Güter, falls sie aufgeteilt und als Siedlungsstellen an Erwerbslose abgegeben werden, einen größeren Ertrag als bisher abwerfen. Die Frage der Gründung von Arbeitsgemeinschaften, oder gar die Bewirtschaftung auf genossenschaftlicher Basis, bedarf einer eingehenden Untersuchung. Es dürfte vielmehr eine Frage sein, welche Personen an der Spitze stehen, da ohne fachkundige Anleitung die Sache von vornherein fehlschlägt.

Zunächst sei die Frage aufgeworfen, warum erst Erwerbslose von der Stadt aufs Land umsiedeln, wo es auf dem flachen Lande genügend junge Bauernsöhne und landwirtschaftliche Arbeiter gibt, die über weit mehr Fachkenntnisse verfügen als die Erwerbslosen einer Großstadt, die vor 30 oder 40 Jahren vom Lande in die Stadt abgewandert sind und zum Teil noch nie in ihrem Leben landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet haben. Zu einer intensiven Bewirtschaftung des Bodens gehört neben dem Ackergerät auch Vieh, zumindest ein paar Kühe, neben dem Kleinviehzeug, ohne das kein Kleinbauer auskommen kann. Ob der Staat oder die Länder bei dem Dalles, in dem sie sich befinden, in der Lage sind, die überfälligen Güter aufzukaufen, ist sehr fraglich. In den letzten Jahren ist viel zu viel Kapital fehl investiert worden. Deshalb ist größte Vorsicht bei Derwirklichung dieses Problems geboten. Selbst die Pachtung dieser Güter durch die Siedler dürfte nicht ohne nennenswerte staatliche Unterstützung möglich sein, ganz abgesehen davon, daß die Umsiedlung selbst allein schon enorme Kosten verschlingen würde. Dem Betreiben einer intensiven Viehwirtschaft wurde in den landwirtschaftlichen Großbetrieben

in den letzten Jahren nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet, weil der Erlös den Großagrariern zu gering erschien. Fest steht eins, daß ein Kleinbauer mit 30 bis 40 Morgen Feld, bei guter Bodenbeschaffenheit sich einigermaßen ernähren und darüber hinaus noch Produkte verkaufen kann. Die Frage, ob sich der landwirtschaftliche Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb rentiert, ist selbst von den Fachleuten hart umstritten. Bei der Aufteilung großer verlotterter Güter in kleinere Parzellen zu Siedlungszwecken ist vor allen Dingen darauf zu achten, daß in den meisten Fällen der Boden ausgemergelt und erst einer reichlichen Düngerezufuhr bedarf, um ihn ertragsfähig zu gestalten, was wiederum eine gute intensiv betriebene Viehwirtschaft voraussetzt. —

Wir kämpfen mit!

Die Arbeiter und Beamten der Deutschen Reichspost stehen mitten in der Front der verbenden und kämpfenden Mitglieder des Gesamt-Verbandes. Sie sehen die Gefahren, die der deutschen Arbeitnehmerschaft drohen, wenn ihre Feinde in Deutschland zur Macht kommen. Sie wissen, was sie zu verlieren haben, wenn Republik und Demokratie zerschlagen werden.

Die Gewerkschaften sind nicht nur das beste Bollwerk gegen kapitalistische Willkür und Übermut, sondern auch die festeste Stütze der von der Arbeitnehmerschaft erkämpften und jetzt stark berannten demokratischen Republik. Darum beteiligt sich jeder Funktionär, jedes Mitglied der Abteilung Post und Telegraphie an der Werbearbeit für den Gesamt-Verband.

Die Werbearbeit unter dem Postpersonal ist mühevoll und hart. Viel Unverstand, Trägheit und Selbstsucht ist zu überwinden, um die vielen, dem Gesamt-Verband noch fernstehenden Kollegen für die freigewerkschaftliche Idee und Bewegung zu gewinnen. Die organisierten Postler wissen aber, daß die Unorganisierten es mitverschuldet haben, wenn den Beamten und Arbeitern bei der Reichspost Gehalt und Lohn gekürzt, ihre Not ins Unermessene gewachsen und ihre Sorgen immer größer geworden sind. Nur die geschlossene Front der Arbeitnehmer, nur eine starke und schlagfertige Organisation kann die den Arbeitern und Beamten drohenden Gefahren mit Erfolg begegnen und sie vor dem Hinabsinken in ein trostloses Hungerdasein bewahren.

Darum setzt die Werbearbeit mit Eifer und Begeisterung fort. Der erzielte Erfolg entschädigt euch für alle Mühen und Arbeit und macht den Weg frei für den Aufstieg der Arbeitnehmerschaft zu einer schöneren und besseren Zukunft.

Carl Frenkel

Derfügung gestellt. Ferner ist die Frage zu prüfen, was mit den Ausgesteuerten und Wohlfahrtsempfängern geschehen soll, die bisher Gartenland inne hatten. Hier müßten vor allem die Wohlfahrtsämter eingreifen, damit nicht nur dem Erwerbslosen sein bisheriges Stück Land erhalten bleibt, sondern diesen armen Menschen müßte noch ein sogenanntes freies Feldstück zum Anbau von Kartoffeln zugewiesen werden, um so eher über die schlechte Zeit hinwegzukommen.

Diese Darlegungen ließen sich noch durch allerlei Vorschläge, wie Dünger-, Gerätebeschaffung, Schaffung von Abstoßorganisations, Umbau bestehender Schuppen und Scheunen in Wohnungen für die neuen Siedler usw. ergänzen. Das Nächstliegende ist aber zuerst zu tun, und hierauf seien die Behörden hingewiesen, die sich mit dem Siedlungsproblem beschäftigen. Zuerst Sicherung einer zusätzlichen Ernährung für das große Heer der Erwerbslosen. Dies verursacht zunächst keine größeren Ausgaben für die Städte. Das bisherige Pachtverhältnis für die zum Teil brach liegenden Stücke kann von den Städten getragen werden. Die Pacht für Erwerbslose muß so niedrig als möglich bemessen werden. Selbst der von uns schon des öfteren geforderte Zusatz zu Sämereien bzw. die unentgeltliche Ueberlassung von Saatgut und Pflanzen fällt nicht wesentlich ins Gewicht. Hier wäre es möglich, eine wirklich praktische Arbeit mit wenig Mitteln zu leisten.

Die Zukunft liegt trübe vor uns, kein Mensch kann voraussetzen, wieviel Erwerbslose wir im Winter mehr haben oder wie hoch die Zahl der Ausgesteuerten ist, die Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung stellen. Wenn sich schon heute die Länder und Stadtverwaltungen mit der Frage der Naturalversorgung an Erwerbslose für den kommenden Winter beschäftigen, so ist die Zuweisung von Land an Erwerbslose das geeignetste Mittel für eine zusätzliche Ernährung, wenn auch nicht für diesen Winter, so doch für die Zukunft.

Gg. Reuß, Frankfurt a. M.

Ingenieurbauten und Volksgesundheit

An Ingenieurbauten, die die Volksgesundheit beeinflussen, sind in erster Linie Wasserwerke und Kanalisation zu nennen.

Die Zustände in einer Stadt vor der Einführung einer geordneten Wasserversorgung und Entwässerung sind in der Regel so, daß die Bewohner aus einer Reihe von Einzelbrunnen im Gebiet der Stadt mit Wasser versorgt werden. Das von den Menschen verbrauchte Wasser, kurz „Abwasser“ genannt, also das Abwasser aus den Küchen und Wirtschaftsbetrieben usw. wird in die Rinnsteine der Straßen abgeleitet. Die Fäkalien, das sind die festen und flüssigen Abgänge der Menschen und Tiere, werden in Gruben gesammelt und von Zeit zu Zeit abgefahren. Diese technisch und gesundheitlich mangelhaften Einrichtungen bringen erhebliche Gefahren für die Volksgesundheit mit sich.

Zuerst ist als gesundheitschädlich die gasförmige Verunreinigung der Luft zu nennen. Gasförmige Produkte der Abfallstoffe rufen zwar keine Infektionen (= Ansteckung durch eine Krankheit) hervor, aber sie sind außerordentlich ekelregend und sie lassen bei dauernder Einwirkung das Gefühl der Sauberkeit bei den dem Geruch ausgesetzten Menschen abtumpfen. Bei mangelhafter Lüftung und infolgedessen stärkerer Konzentration der Gase ist aber immerhin die Möglichkeit gegeben, daß durch die aus dem Grubeneinhalt entwickelten Gase Vergiftungen, also mehr oder weniger starke Gesundheitschädigungen entstehen können. Ein Kubikmeter fauliger Abortgrubeneinhalt gibt in 24 Stunden 315 Liter Kohlenäure, 150 Liter Methan, 1 bis 2 Liter Schwefelwasserstoff, 580 Liter Kohlenwasserstoff, zusammen rund 1045 Liter Gase an die Außenluft ab. — Die Verunreinigung des Untergrundes ist wohl die schlimmste Gefahrenquelle, die eine mangelhafte Beseitigung der Abfallstoffe mit sich bringt. Die Gruben, in denen die Fäkalien gesammelt werden, sind in den seltensten Fällen dicht und auch sonst kann Abwasser auf seinem Weg im Rinnstein oder zu Bachläufen hin vielfach versickern. Das mit säunefähigen organischen Stoffen und Krankheitskeimen beladene Abwasser gelangt dabei in den Untergrund der Stadt und infiziert das Grundwasser, aus dem die Trinkwasserbrunnen ihr Wasser schöpfen, oder es kommt ungereinigt in die Vorfluter (= Wasserläufe), die stark angesäuertes Abwasser nur schwer verarbeiten können. Gefahrenbringend ist die Verbindung des Abwassers mit dem Untergrund vor allem für die Ausbreitung epidemischer auftretender Krankheiten. Welche Bedeutung das hat, erhellt aus der Tatsache, daß 1 Kubikzentimeter Abwasser in der Regel 2 bis 5 Millionen Keime enthält, oft aber bis 100 Millionen! Die Bekämpfungsmöglichkeit von Infektionskrankheiten ist ohne Kanalisation, wenn es also nicht sicher gelingt, diese ungeheuren Keimmengen vom Untergrund, vom Grundwasser oder von der Bodenoberfläche fernzuhalten, sehr schwierig oder geradezu unmöglich.

Für die direkte Verbreitung von Infektionserregern kommen nicht so sehr Fäkalien in Betracht — die auch in nicht kanalisierten Städten entweder aus Sammelgruben mittels besonderer Vorrichtungen abgefahren oder in beweglichen, geschlossenen Tonnen gesammelt und abgefahren werden —, sondern vielmehr die Wirtschaftswässer, Spül- und Waschwässer, die ebenfalls mit Krankheitserregern angereichert sein können. Diese Wirtschaftswässer gelangen in nicht kanalisierten Straßen häufig in den Rinnsteinen zum Abfluß. In Trockenwetterzeiten bleiben diese Wirtschaftswässer lange in den Rinnsteinen stehen, bilden einen zähen Schlamm und belästigen häufig auch durch Geruch. Die Rinnsteine sehen dann etwa so aus wie in Abbildung 1 dargestellt.

Die Uebertragung der Infektionserreger aus dem Abwasser des Rinnsteines geschieht dann schnell durch auf den Straßen spielende Kinder, Insekten oder Haustiere.

Die wichtigsten Krankheiten, deren Erreger im Abwasser enthalten sein können, sind Cholera, Ruhr und Typhus. Die Cholera nimmt eine Sonderstellung ein. Ihr Entstehungsort ist Indien, und von hier ist sie über Rußland, Galizien oder über die Hafentstädte „eingeschleppt“. Sie ist in epidemischem Auftreten selten. Häufiger ist das Auftreten von Typhus und Ruhr. Zum Verhüten von Epidemien dieser Infektionskrankheiten tragen ein-

wandfreie Wasserversorgungen und Entwässerungen in hohem Maße bei. — Im Mittelalter, als in den meisten Städten überhaupt keine Einrichtungen zum Ableiten des Abwassers bestanden und alles Abwasser versickerte, waren solche Epidemien an der Tagesordnung. Tausende von Menschen kamen dabei ums Leben. Bei der damals herrschenden, von der Kirche beeinflussten Geistesrichtung wurden solche Epidemien als eine „Strafe Gottes“ angesehen, und niemand dachte daran, solchen Ereignissen durch Besserung der hygienischen Verhältnisse vorzubeugen. Erst die Neuzeit mit ihrem Sieg der Naturwissenschaften und dem raschen Wachsen der Städte brachte die Grundlagen, aber auch die unbedingte Notwendigkeit, für die auf kleinem Raum zusammengebrängten Menschenmassen die notwendigen hygienischen Lebensbedingungen zu schaffen. Unsere großen Städte sind heute ohne Wasserwerk und Kanalisation gar nicht mehr vorstellbar.

Wird in eine weder kanalisierte noch mit einwandfreiem Wasser versorgte Stadt Typhus eingeschleppt, so sind die Folgen unübersehbar, weil infolge der langen Inkubationszeit (= Entwicklungszeit der Krankheit von der Ansteckung bis zum Ausbruch) die Infektionserreger sich ungehindert im Grundwasser, auf der Bodenoberfläche und in den Rinnsteinen usw. verteilen können, ehe die Krankheit erkannt wird. Die spätere Isolierung der Kranken kommt dann zu spät. — Der heilsame Einfluß von geordneten Wasserversorgungen und Kanalisationen insbesondere auf die Typhusmortalität (Mortalität = Erkrankungs-ziffer) ist durch die bekannten Ergebnisse der Sanierung unserer großen Städte Allgemeinut der Erkenntnis geworden. Die Stadt Berlin hat in ihrer Festschrift „Fünfzig Jahre Stadtentwässerung“ die in Abbildung 2 dargestellte Abhängigkeit der Typhusmortalität (Mortalität = Sterblichkeit) von der Zahl der an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke bekanntgegeben. — Schlagartig geht in Berlin die Typhussterblichkeit von etwa 1 Promille beim Einführen der Kanalisation in den siebziger Jahren herunter auf etwa 0,3 Promille, um mit der weiteren Ausdehnung der Kanalisation allmählich auf 0,02 bis 0,04 Promille in der Nachkriegszeit abzusinken.

Ähnliche Erfahrungen sind im Ruhrkohlengebiet, dem am dichtesten besiedelten Gebiete Preußens, gemacht worden. Vor den großen Arbeiten der Emschergenossenschaft und anderer Verbände, die das Industriegebiet ordnungsgemäß mit Wasser versorgten, entwässerten, Kläranlagen bauten und die Vorflut regelten, war der Ruhrkohlenbezirk einer der schlimmsten Typhusherde in Preußen. Vor 1900 waren die Sterblichkeitsziffern an Typhus im Industriegebiet wesentlich höher als in Preußen, sie betragen oft das Doppelte. Nach den wichtigsten Arbeiten der Emschergenossenschaft, also von 1912 bis 1913 ab, liegt die Typhussterblichkeit im Industriegebiet aber regelmäßig niedriger als im Gesamtpreußen. Die Einzelwerte dieser Entwicklung sind in der Abbildung 3 dargestellt.

Bei der Berücksichtigung der Zusammenballung werktätiger Massen im Industriegebiet, die die Sterblichkeitsziffer in die Höhe drückt, kann kaum ein besserer Beweis für die hygienische Bedeutung ordnungsmäßiger Wasserversorgungen und Entwässerungen bei der Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten gegeben werden.

Gewiß sind Wasserwerke und Kanalisationen nicht immer die einzigen Ursachen für das Absinken zum Beispiel der Typhussterblichkeit gewesen, aber die Abhängigkeit von dem Ausbau der Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen ist überall so augenscheinlich, daß die Einführung von Wasserwerk und Kanalisation als unbedingt wesentlich für das Herabziehen der Typhusfälle anzusprechen ist.

Aber nicht nur so schlimme Krankheiten, wie Typhus, Cholera und Ruhr können durch die Einführung einer geordneten Entwässerung in Verbindung mit einer einwandfreien Wasserversorgung wirksam bekämpft werden. Bei richtiger Planung und Durchführung der Kanalisation wird auch der Grundwasserstand reguliert. In Gebieten mit vor dem zu hohem Grundwasserstand wird der Wasserspiegel durch „Sickerleitungen“ abgeenkt. Feuchte

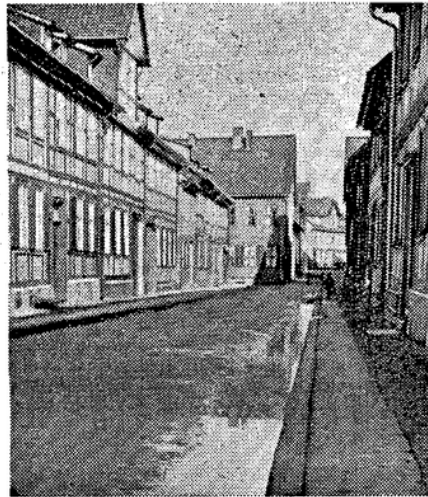


Abb. 1. Zustand einer Straße ohne Kanalisation

Wohnungen (Kellerfeuchtigkeit) haben einen erheblichen Einfluß auf die Gesundheit der Bewohner. Günstigstenfalls entsteht nur eine starke Wärmeentziehung des menschlichen Körpers, unter Umständen Rheumatismus, in schlimmen Fällen wird die Ausbreitung der Tuberkulose gefördert. Die Feuchtigkeit begünstigt die Konservierung von Krankheitserregern jeder Art.

Neben dem Herausströmen des Abwassers aus den Häusern und dem Absenken des Grundwasserstandes ist das Reinhalten der Dorflut, also der Bach- und Flußläufe, durch eine Abwasserkläranlage von Einfluß auf die Hygiene. Das gilt besonders für die Fälle, in denen unterhalb der Einleitung des Abwassers noch weitere Ortschaften an derselben Dorflut liegen und womöglich das Wasser der Dorflut nützen. Die Reinigungsanlage für das Abwasser sollte mindestens die grobsinnlich wahrnehmbaren Schwimmstoffe zurückhalten und im übrigen so beschaffen sein, daß die Zustände in der Reinhaltung der Dorflut erträglich werden.

Im allgemeinen sind in Deutschland die verheerenden Auswirkungen des Krieges und der Inflation auf den Gesundheitszustand des Volkes relativ schnell überwunden worden. Die allgemeine Sterblichkeit, die vor dem Kriege von 22,8 auf 10 000 Einwohner im Jahre 1900 auf 16,2 im Jahre 1910 und 15,0 im Jahre 1913 fast regelmäßig heruntergegangen war, und die in den Kriegsjahren auf 24,7 wieder anstieg, ging in der Nachkriegszeit, nach einer vorübergehenden Steigerung in der Inflation wieder herunter bis auf 11,7 im Jahre 1926 und 11,6 im Jahre 1928. Die Erkrankungsfälle an Ruhr betragen 1926 immer noch 4366 gegen 635 im Jahre 1913. Ihr Höchststand hat im Jahre 1917 nach dem Stedrübenwinter 69 157 betragen! In den Jahren 1927 und 1928 waren die Erkrankungsziffern an Ruhr aber schon wieder auf rund 3300 abgesunken. An Typhus erkrankten 1925 noch 17 265 Personen gegen 12 451 im Jahre 1913. Der Höchststand 1917 weist 30 245 an Typhus erkrankte Personen auf. Aber auch die Erkrankungen an Typhus waren 1927 und 1928 schon wieder auf rund 11 500 herabgesunken. Bei den Werten für die Erkrankungsfälle an Typhus sind die hohen Werte der Kriegszeit und Inflation bedenklich durch die große Anzahl der erzeugten

bis 1913 rund 1,3 Millionen, im Zeitraum 1920 bis 1922 rund 1,6 Millionen. Es ist also eine starke Zunahme der Erkrankungsfälle an Infektionskrankheiten, also eine Abnahme der allgemeinen Widerstandsfähigkeit des Volkes gegen Infektionen festzustellen.

Ueber die wirtschaftliche Auswirkung der Hebung des Gesundheitszustandes unseres Volkes sind von den verschiedensten

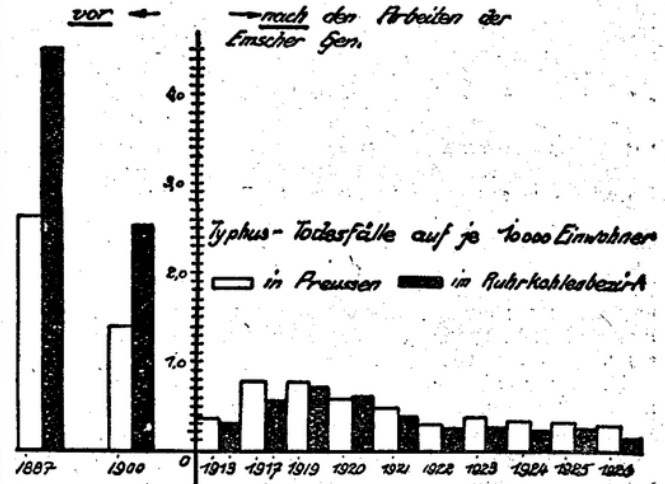


Abb. 3. Todesfälle an Unterleibstypus in Preußen im Vergleich zu denen im Ruhrkohlenbezirk

Forschern Untersuchungen gemacht worden. Man hat u. a. berechnet, daß in Deutschland im Jahre 1925 ein Verlust von über 3 Milliarden Mark durch Krankheiten entstanden ist. Gelingt es, diese ungeheuren Summen, die der Volkswirtschaft durch Krankheit jährlich verlorengehen, durch Schaffung besserer hygienischer Verhältnisse in den Städten herabzumindern, so werden der Volkswirtschaft beträchtliche Werte erhalten und die zur Besserung der Zustände aufgewendeten Mittel (Baufumme für Wasserwerke und Kanalisation) machen sich bald bezahlt.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß in der heutigen Notzeit der Bau von Wasserwerken und Kanalisationen, die sich leicht wirtschaftlich machen lassen, ein ausgezeichnetes Mittel darstellt, um nun wirklich einmal Ernst zu machen mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der „Ankurbelung der Wirtschaft“.

In der Zusammenfassung der hier gegebenen Darlegungen kann gesagt werden, daß gerade die Hebung der Volksgesundheit für unser durch Krieg und Inflation in seinem Gesundheitszustand geschwächtes Volk besonderes Interesse verdient. Die Infektionskrankheiten sind häufiger als vor dem Kriege. Erst Wasserwerke und Kanalisationen geben die Möglichkeit, neben anderen Krankheiten vor allem die Volksseuchen, Typhus, Ruhr usw. wirksam zu bekämpfen und in ihrer Ausbreitung zu hindern. Jede verhinderte Krankheit spart der Volkswirtschaft erhebliche Werte. Es ist schon so: Ein gesundes Volk kann besser und leichter produzieren als ein Volk mit vielen Kranken. Deshalb schafft gesunde Städte durch Wasserwerke und Kanalisationen!

Dr.-Ing. Kehr.

Die Vollendung der europäisch-amerikanischen Zivilisation zur Weltkultur wird im Zeichen der Arbeit erfolgen, nicht im Zeichen des Profits. Mögen Finanz-, Industrie- und Handelskapital ihre goldenen Netze um den Erdball spannen und in diesen Netzen Wahrheiten einfangen wie die, daß alle kommenden Weltkriege „schlechte Geschäfte“ sein würden: die Arbeiterschaft aller Länder wird auf einen so dünnen, moralischen Boden ihre Kulturhoffnungen nicht bauen. Sie glaubt an die allseitige Ueberlegenheit des aufbauenden Arbeitswillens über den einreißenden Herrenwillen. Das Kulturfundament der Arbeit aber ist im edelsten Sinne des Wortes eine sittliche Grundlage. Das wird die Arbeiterschaft aller Länder und Zonen niemals vergessen. Neben der Treue im kleinen, wie Gewerkschaft und Partei sie täglich millionenfach von ihr fordern, wird sie auch die Treue zum Großen zu üben wissen, den treuen, zähen, nimmermüden Anturum zum Lösen der weltumspannenden Kulturprobleme, die der Weltkrieg aufgeworfen hat und die zu einem wesentlichen Teil Erziehungsprobleme sind. ...

Karl Schewe.

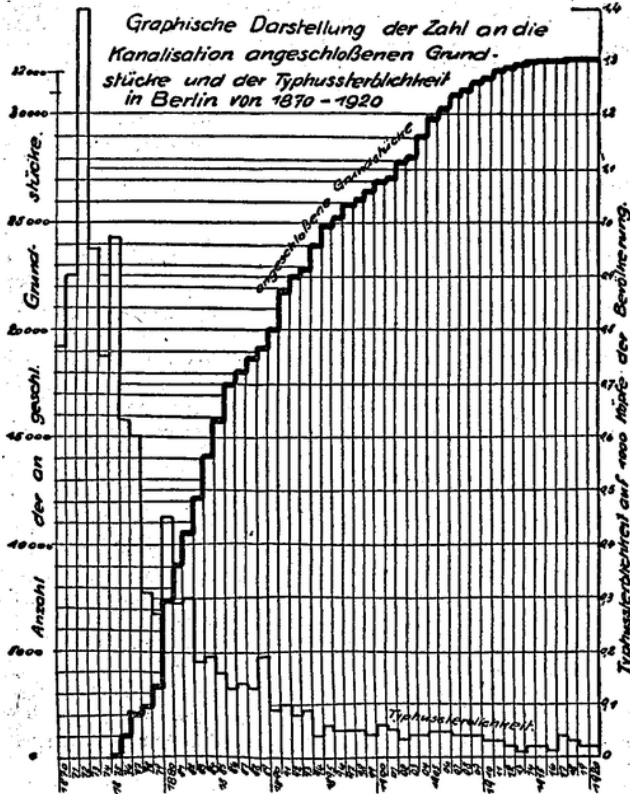


Abb. 2. Abhängigkeit der Typhussterblichkeit von der Ausdehnung der Kanalisation „Bazillenträger“, die, ohne selbst noch krank zu sein, fortlaufend Typhusbazillen ausscheiden und damit eine Gefahr für ihre Umgebung bilden.

Die Krankheitsbewegung an Infektionskrankheiten in den allgemeinen Krankenhäusern des Deutschen Reiches betrug nach dem Statistischen Lehrbuch für das Deutsche Reich: im Zeitraum 1911

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Tagebuch eines Funktionärs und Jubilars

Mein erster Gesellentag war mein erster Streiktag. Der zweite brachte die Parole: Alle jungen Leute, auch die Verheirateten, soweit sie nicht dringend nötig sind, müssen hinaus aus dem Ort. Mit dem Kampf fing meine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft an. Mit Kampf wird sie aufhören, unermüdet, bis andere für uns in die Bresche springen, und das Ziel erreicht ist.

1906. Meine erste Tat: zwei Lehrkollegen, die mit mir ausgelernt hatten, gewannen ich für die Organisation. Es war ein Erfolg, ich war stolz darauf. — In der Fremde: Clausthal, Allersfeld, Seesen, Northheim brachten weitere drei Mitglieder und einen Uebertritt aus der christlichen Organisation. Immer mehr Ansporn. Es war vor der Saisonarbeit. Pyrmont: Sammelpunkt vieler reisender Kollegen, ein gutes Arbeitsfeld, 27 Mann in der Werkstätte, 14 unorganisiert. Ein großer Bau, dreiwöchige Tätigkeit brachten eine Arbeitsniederlegung. Zwei Kollegen und ich blieben auf der Strecke. Der Erfolg: alle 14 wurden organisiert und reisten ab; die verbleibenden Kollegen hatten vollen Erfolg. Bielefeld, Soest, Hamm, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Essen als nächstes Ziel und meine erste politische Betätigung bei der Wahl. Unser Sieg in dem schwarzen Nest brachte bei mir weiteren Ansporn. Das Glück brachte mir Winterarbeit. Unter zwölf alten Kollegen drei organisiert. Zähes Arbeiten unserer vier ein Erfolg des ganzen Winters, fünf gingen zu den Christlichen. Bei den anderen war nichts zu machen. Als Jüngster mußte ich zuerst springen, schadet nichts; der Winter war erst mal gut vorbei, alles Weitere wird sich schon finden. Acht Tage arbeitslos, keine Aussicht auf Arbeit. Auf Schusters Rappen gings nun nach Köln, Düsseldorf, Aachen, Neuwied. Fünf Tage Arbeit brachten erst mal wieder Zehrgeld. In Koblenz zunächst längerer Aufenthalt, dann Arbeit nach Wiesbaden (Saisonbetrieb). Gute Agitationsernte: acht Mann für uns war unser Erfolg, drei Logiskollegen war mein Resultat. Frankfurt a. M. war gesperrt für uns. Das Reisegeld des Verbandes half uns weiter nach Gießen, Marburg und Kassel. In kurzen Zwischenräumen hatten wir hier Arbeit. Immer werden, ununterbrochen, beim Frühstück und zu Mittag, das war und ist heute noch mein Lebensziel. Zwei Jahre Kommijzeit an der russischen Grenze. Als Hammel wehrte ich mich gegen die Beschimpfungen eines Sergeanten, das brachte mir den Titel „Roter Rekrut“ ein. Mein Stolz! Ich war der einzige Braunschweiger, alle anderen waren ostelbische Junkerknächte, das beste Tätigkeitsgebiet wilhelminischer Soldatenschinder. Spucknapfe leeren, in einem Fall dem anderen in den Mund urinieren, Knienbeuge vor dem glühenden Ofen usw., die beste Schule für mich, die sozialistischen Gedanken unauslöschlich in mein Inneres aufzunehmen. — Nach der Militärzeit findet man mich wieder als Unterkassierer bis 1914. Konnte in dieser Zeit wieder eine ganze Reihe Neuaufnahmen für den Verband machen. Auch andere Verbände erhielten von mir drei neue Mitglieder (Klempner und Glaser). Das allererste war, daß sich meine Frau, da sie arbeitete, mit einreichte; es gibt dadurch eine ganz andere festgefügte Kampffront. Vor allen Dingen von dem Gesichtspunkt aus, daß die Frauen den größten Einfluß auf den Nachwuchs haben. Die Frauen zu organisieren ist unsere oberste Pflicht.

Der Geist der 1918 und 1919 zurückkehrenden Truppen war zum großen Teil nicht derjenige, den wir absolut notwendig brauchten. Wenn heute so mancher Arbeitsgenosse sagt, wir hatten 1918 die Macht, so sage ich einem jeden, daß er sich nicht mit dem Geist der Masse beschäftigt hat. Auch ich hatte damals noch vieles an der Handlung unserer führenden Genossen auszuweisen, aber die langjährige Tätigkeit auf dem extremen Flügel der Arbeiterbewegung bewies mir in der Nachkriegszeit bei verjäherten Anlässen, wie Streiks, Illegalität 1923 usw., daß der zahlenmäßige Aufschwung der Arbeiterbewegung in Deutschland nicht echt war und in irgendeiner Form durch Rückschlag in Erscheinung treten mußte. Persönliches Handeln dem der Allgemeinheit unterordnen, gibt die Kraft, auch bei Rückschlägen nicht den Mut zu verlieren.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Aber nicht, daß ein jeder mit Gewalt sein Ziel erstrebt, sondern er sich selbst und seine Familie von allen geistigen Fesseln der bürgerlichen Ideologie befreit und die Gemeinschaft über alles stellt. Eine geschlossene, einige Arbeiterschaft ist das dringendste Gebot der Stunde. Kollege! Hast du dich schon selbst befreit? Wo bleibt dann der zweite Mann? H. E. i. m. e. c. h. e., Braunschweig.

Margarinepreis und Lohnbewegung

Die Inflation hat der Arbeiterschaft neben vielen anderen schmerzlichen Lehren die Erkenntnis gebracht, daß die Höhe des nominalen Lohnes noch kein Gradmesser seines Arbeitsertrages ist. Erst die Menge der dafür eingetauschten bzw. einzutauschenden Bedarfsgüter gibt die Möglichkeit, den jeweiligen Preis der Arbeiterschaft zu erkennen und die Löhne verschiedener Länder oder Epochen zu vergleichen. Die Gestaltung der Löhne kann die Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften in erheblichem Maße beeinflussen, während die Gestaltung der Preise der Bedarfsgüter ihrer Beeinflussung im wesentlichen entzogen ist. Der Begriff „Reallohn“ spielt deshalb in den Diskussionen der Arbeiterschaft eine große Rolle. Nicht was man an barem Gelde bekommt, sondern was man dafür kaufen kann, ist das Entscheidende bei der Bewertung der Ware Arbeiterschaft. Diese Erkenntnis ist notwendig in unseren gewerkschaftlichen Kämpfen, denn bei der Erämpfung höherer Löhne erstreben wir die Möglichkeit, mehr und bessere Bedarfsgüter als Gegenwert für unsere Arbeiterschaft zu bekommen, mit anderen Worten unseren Lebensstandard zu erhöhen, oder ihn bei drohenden Lohnkürzungen gegen eine Senkung zu verteidigen. Die Frage ist nur, ob bei der Entscheidung über das Ergebnis eines Lohnkampfes diese Frage eine so große Rolle spielen sollte, wie es gemeinhin geschieht.

Wir haben es in den Nachkriegsjahren erlebt, daß von der sogenannten Opposition jedes Verhandlungsergebnis abgelehnt und „Weitertreiben“ des Kampfes gefordert wurde, meistens mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Margarine ist teurer geworden, die Fleischpreise sind gestiegen, die Mieten sind unerschwinglich geworden, Kleidung und Haushaltsgegenstände beinahe zum Luxus geworden usw. Dabei dann noch regelmäßig der Seitenhieb, daß der Vorschlag der Verhandlungskommission, dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen, ein weiterer Beweis dafür sei, daß die Gewerkschaften ihren Charakter als Kampforgane der Arbeiterschaft aufgegeben hätten.

Wenn eine Gruppe der Arbeiterschaft in den Lohnkampf eintritt, dann ist zweifellos die Tatsache, daß eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, eines der Hauptmomente für die Einleitung des Kampfes. Aber im Kampf selbst kann uns dieses Moment wenig oder gar nichts nützen, denn den Erfolg des Kampfes entscheidet nur die Stärke der kämpfenden Parteien. Immer wieder hört man jedoch von den Befürwortern einer Ablehnung irgendeines Verhandlungsergebnisses die Begründung, die Margarine ist teurer geworden usw. Diese Kollegen sollten sich doch einmal die Frage vorlegen, ob bei sinkenden Lebenshaltungskosten diese Tatsache uns abhalten würde, unsere Löhne zu verbessern, wenn die Umstände dies ermöglichten. Im Gegenteil sehen wir dann erst recht alle Kräfte zur Verbesserung unserer Löhne ein, weil ein Kampf in Konjunkturzeiten ausichtsreicher ist als in Zeiten der Depression.

Eine klare Scheidung der Begriffe ist notwendig. Der Hinweis auf die Reallohn, auf die Tatsache der Verteuerung ist notwendig, um die etwa noch zaudernden Kollegen für den Kampf zu gewinnen. Im Kampf selbst können wir damit nicht viel anfangen, denn ein Hinweis auf die teureren Zeiten bei den Verhandlungen nötigt den Unternehmern höchstens ein Achselzucken ab. Freiwillig gibt wohl kaum ein Unternehmer mehr Lohn, als ihm durch den Kampf abgerungen wird. Siegt ein Verhandlungsergebnis vor, dann muß deshalb die Frage der Lebenshaltungskosten ausschneiden. Für die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung kann nur die Frage maßgebend sein, ob das Ergebnis eine Widerspiegelung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse ist. Die Beurteilung des Kampfergebnisses durch Außenstehende ist dabei mitunter sehr ausschließend. Das Ergebnis der zentralen Verhandlungen im August über die Durchführung der Notverordnung z. B. nannte die kommunistische Presse „Verrat der Gemeindearbeiter durch die Gewerkschaftsbürokratie“, während die rechtsstehende Presse von „einem Beugen der Reichsregierung unter das Diktat der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei“ sprach. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen, so daß das Verhandlungsergebnis dem beiderseitigen Kräfteverhältnis entspricht.

Wir müssen lernen, etwas weniger von den Kampfsgewerkschaften zu reden, dafür aber um so mehr bei unserem Handeln uns der Tatsache bewußt zu sein, daß wir Kampfsgewerkschaften sind, und daß im Kampf mit sozialen Sentimentalitäten nichts erreicht werden kann. A. S., Hamburg.

Unsere Jugend

Das Jugendschutzprogramm der NSDAP.

„Lichtpuke“, das Organ der anhaltischen Nationalsozialisten, brachte in Nummer 37 das Jugendschutzprogramm der Nationalsozialisten. Es ist wert, daß man sich damit näher beschäftigt. Zunächst: wer ist Jugendlischer im Sinne der Nationalsozialisten? Der Verfasser des Aufsatzes spricht davon, daß die Jüngeren bis zum 15. Lebensjahre im Jungvolk der Hitler-Jugend organisiert sind. Er spricht davon, daß das Verständnis für die Grundzüge einer klaren, zielbewußten Politik mit der Anzahl der Jahre wächst, es fällt dem Menschen nicht als Geburtstagsgeschenk mit 21 Jahren in den Schoß. Die Nationalsozialisten sehen also ihre 15- bis 21jährigen Mitglieder als Jugendliche an. — Die Hitler-Jugend hat sich nunmehr als Tagesprogramm die Schaffung eines „Reichsjugendgesetzes“ zur Aufgabe gemacht. Ueber den Inhalt dieses zu schaffenden Gesetzes schweigt sich der Artikelschreiber aus. Anscheinend ist man sich in den Kreisen der Hitler-Jugend selbst noch nicht klar darüber, wie dieses Gesetz auszusehen hat. Diese Auffassung wird noch verstärkt, sieht man sich einmal die Mindestjugendschutzforderungen der Hitler-Jugend an:

1. Ausdehnung des Begriffes „Jugendlischer Arbeiter“ bis zum 18. Lebensjahre. (Eine rein marxistische Forderung! Auf einer gemeinsamen Konferenz der SAJ, und der Gewerkschaftsjugend ist diese Forderung schon 1925 aufgestellt worden.)

2. Ärztliche Ueberwachung des Gesundheitszustandes aller Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre. (Ein durchaus vernünftiger Gedanke. Leider sagt der Verfasser nicht, in welcher Form er verwirklicht werden soll. Sollen Reihenuntersuchungen stattfinden, an denen die Jugendlichen obligatorisch teilnehmen müssen? Wer soll die Kontrolle ausüben? Wer trägt die Kosten? Alles Fragen, die erst einmal beantwortet werden müssen.)

3. Schaffung ausreichender Erholungsheime für Lehrlinge und Jungarbeiter, verstärkter Ausbau der Jugendherbergen. (Ebenfalls eine Forderung, die von uns schon seit Jahren aufgestellt wird. Voraussetzung für eine Erfüllung dieser Forderung ist doch aber das Bestehen einer Benutzungsöglichkeit dieser Heime, also fester Urlaub der Jugendlichen usw. — Davon steht im Jugendschutzprogramm der Hitler-Jugend nicht s. Anscheinend betrachtet man es in diesen Kreisen als Luxus, daß ein Jugendlischer einen rechtlichen Anspruch auf einen mehrwöchigen bezahlten Urlaub besitzen soll.)

4. Fernhaltung jeglicher Erwerbsarbeit von der Schuljugend. Strengste Durchführung des Verbots der Kinderarbeit. (Eine alte Forderung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Sind es aber nicht gerade die nationalistic eingestellten Kreise (Grundbesitzer usw.), die die Kinderkraft ausbeuten? Es ist auch nicht ohne Interesse, zu lesen, daß die Hitler-Jugend nur die strengste Durchführung des Verbots der Kinderarbeit fordert. Man nimmt eben in zarter Weise auf die sogenannten landwirtschaftlichen Interessen Rücksicht.)

5. Festsetzung und sorgfältigste Durchführung der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter in den Betrieben, besonders in Aktiengesellschaften und Warenhäusern. Nachhaltige Strafen wegen Uebertretung, besonders im Wiederholungsfalle. (Auf der bereits erwähnten Konferenz 1925 in Hamburg wurde die Anstellung von Jugendinspektoren, die den Gewerbeinspektionen angeliebert werden sollten, gefordert. Also auch hier hinkt die Hitler-Jugend hinterher. Was der Satz: besonders in Aktiengesellschaften... hier bedeuten soll, ist unverständlich. Ist es doch gerade der Kleinbetrieb, in dem eine Uebertretung schon bestehender Jugendschutzvorschriften gang und gäbe ist.)

6. Festsetzung der Höchstzahl der in bestimmten Berufs- und Industriegruppen beschäftigten Jugendlichen. (Was die Hitler-Jugend damit bezwecken will, ist nicht begreiflich. Eine Beschränkung der Zahl der zu beschäftigenden Lehrlinge ist verständlich und sinnvoll. Eine Beschränkung der Zahl der zu beschäftigenden Jugendlichen? Wie soll die Beschränkung erfolgen?)

7. Verbot der Nacht- und Akkordarbeit für Jugendliche, besonders Schonpausen für Jugendliche in rationalisierten Betrieben — (Fließband) (Für uns auch nichts Neues.)

8. Weiterbeschäftigung des ausgelerten Jugendlichen im Betriebe des Lehrherrn, soweit nicht dringende Gründe das Ausscheiden gegen den Willen des Jugendlichen rechtfertigen.

9. Strengste Ueberwachung der Lehrlingsausbildung nach den Schutzbestimmungen unter gleichmäßiger Beachtung der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe sowie des Kaufmannsgewerbes. (Diese Forderungen muten auch sehr eigenartig an. Ueberwachung nach den Jugendschutzbestimmungen? Nach welchen denn? Nach den bestehenden, die so mangelhaft sind, daß wir schon jahrelang eine Reform des Lehrlingswesens erstreben? Gerade bei diesen Forderungen kann man in drastischer Form die Oberflächlichkeit der

Hitler-Jugend in den Fragen des Jugendschutzes feststellen. Man fordert, weil man eben etwas fordern muß. Aber über die gegebenen Verhältnisse geht man hinweg.)

Es ist der Hitler-Jugend ja gar nicht Ernst mit ihren Forderungen — sie dienen nur dem Dummensfang! Das offenbart sie auch in ihrem 10. Programmpunkt, in dem sie fordern:

10. Sorgfältige und regelmäßige Durchführung der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter in Landwirtschaft, Heimarbeit und Handelsmarine. (Erstens kennt die Landwirtschaft heute noch keinen Jugendschutz. Er müßte also erst geschaffen werden, und zweitens werden dann die Nationalsozialisten dagegen stimmen, da sie unmöglich gegen die Interessen ihrer zahlenden Mitglieder, der „armen“ Großagrarien, handeln können.)

Das ganze Jugendschutzprogramm der Hitler-Jugend besteht aus halbverstandenen und nationalistic frisierten marxistischen Jugendschutzforderungen. Das ganze Jugendschutzprogramm der Nazis ist geistiger Diebstahl am Marxismus. Den Nazis ging es hier mit ihrem Raub wie dem großen Adolf mit dem Sozialismus, sie konnten das Gestohlene nicht verdauen. — Die Arbeiterjugend wird sich aber dafür bedanken, in der Hitler-Jugend mit ihrem gestohlenen und gefälschten Programm ihre Vertretung zu sehen. Die deutsche Arbeiterjugend steht hinter dem Jugendschutzprogramm der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Gewerkschaftsjugend. Die arbeitende Jugend läßt diese Epigonen mit ihrem Jugendschutzprogramm unter sich. G.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Zum preussischen Finanzminister hat Ministerpräsident Braun den Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Otto Klepper ernannt.

Kommunistische Zerlegungsschriften der Reichswehr sind, wie das Reichswehrministerium bekanntgibt, in mehr als 40 Fällen und in mehr als 200 Fällen Plakate und Zettel in den Kasernen verteilt worden. 26 Zettelverteiler wurden verhaftet.

Wassensunde beim Stahlhelm in Raumburg a. d. S. Bei der Firma Schneider, die ihre Fabrik dem Jungstahlhelm für praktischen und theoretischen militärischen Unterricht zur Verfügung stellt, wurden mehrere leichte und schwere Maschinengewehre, eine große Zahl Gewehre Modell 98, mehrere 10 000 Schuß Munition beschlagnahmt.

Ein vernünftiger Schiedsspruch. Unter dem Vorsitz des Gewerberats Körner fällte der Berliner Schlichtungsausschuß am 9. November einen Schiedsspruch, wonach das Lohnabkommen in der Metallindustrie unverändert verlängert wird. Die interessante Begründung lautet: „Die Gesehungskosten in der Berliner Metallindustrie müssen wesentlich gesenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausfuhr angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter bei der Bemessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken. Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt wird, oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange nicht die Mieten gesenkt und die Tarife für die häuslichen Unternehmungen, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr, herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung verringert werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich. Die vorgezeichnete Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens kann nur ein Provisorium sein. Es müssen nunmehr unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Herabsetzung der übrigen Gesehungskosten und zur Verbilligung der Lebenshaltung geschaffen werden. Andernfalls wird man in sehr kurzer Zeit vor der bitteren Entscheidung erheblicher weiterer Betriebsbeschränkungen oder Herabdrückung des Lohnes unter das Existenzminimum stehen.“

Schwere Nazi-verbrechen ereigneten sich am 9. November in Bremen und Göttingen. In beiden Fällen wurden durchmarschierende Reichsbannerzüge angefallen, beschossen, mit Tränengasbomben beworfen und mit Karabinerhalben und Gummiknüppeln geschlagen. In Göttingen feierten diese Verbrechen mehrere Abende vereinzelt fort. Die obdenkliche Regierung, die um verstärkten Volkseinsatz ersucht wurde, hat diesen verweigert. Außer an zahlreichen anderen Orten machte sich der Naziterror besonders in Dresden noch bemerkbar. — In Ludwigsburg drangen Nazis in die Geschäftsräume der SPD, „Redarpost“, und suchten den Redaktions-Schüler. Sie fanden ihn aber nicht. Inzwischen wurden auf der Straße fünf Reichsbannerleute von 30 Nazis mit Schlagringen und Messern bearbeitet.

Die Arbeitslosenziffer ist in der zweiten Oktoberhälfte auf 4 622 000 gestiegen. — In Berlin betrug diese Zahl 510 000.

Das zweite Verbot des Braunschweiger „Volksfreund“ ist vom Reichsministerium des Innern wiederum aufgehoben worden.

RUNDSCHAU

Landtagspräsident Bartels †. Nach wochenlangem, schwerem Krankenlager starb am 11. November der Präsident des Preussischen Landtags, Genosse Friedrich Bartels, im 61. Lebensjahre. Von Beruf Maler, wurde er, 33jährig, Angestellter seiner Berufsorganisation. 1906 berief ihn die SPD. als Bezirkssekretär für Schleswig-Holstein, auf welchem Posten er sich gut bewährte. Der Parteitag in Jena 1913 wählte ihn dann in den Parteivorstand, wo er jahrelang das Amt des Hauptkassierers inne hatte. Im Februar 1919 wurde er in die Preussische Landesversammlung gewählt. Von da ab gehörte er ständig dem Preussischen Landtage an. Seit 1925 war Bartels dessen Präsident. Er war eine ehrliche, aufrichtige und pflichtgetreue Natur, ein sachlicher Kämpfer, der den wütendsten Gegnern der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung soviel Respekt einflößte, daß sie ihn mit ihren sonst so gern geübten Heß- und Schimpfreden verschonten. Der Landtag hat einen seiner geschicktesten und unparteiischsten Präsidenten und die moderne Arbeiterbewegung einen unbeirrt zielbewußten Führer verloren, der es liebte, vornehmlich in der Stille zu wirken.

Parolen und Pragis der RGO. Gegen den vom Reichsarbeitsministerium erlassenen Schiedspruch, der den Gemeindearbeitern und kommunalen Straßenbahnern einen weiteren Lohnabzug diktiert, beschloßen die in der Kommunisten-Metropole *Hanau a. M.* beschäftigten und der RGO. Angehörigen, angeblich mit 90 Proz. der Mehrheit, den Streik, der am Montag, dem 9. November, einsetzen sollte. Der Montag kam und siehe da: die kommunistischen Lohnraubbekämpfer dachten nicht daran, ihren in so pomphafter Aufmachung verkündeten Streikbeschuß in die Tat umzusetzen. — Dieser Fall reiht sich würdig an andere Vorgänge, die einige Jahre zurückliegen. Der damalige Gemeindearbeiterverband hatte im Rhein-Main-Gebiet seine Mitglieder zum Kampfe aufgerufen, dem auch die Mitgliedschaften in allen zum Kampf aufgerufenen Orten folgten mit Ausnahme der Hanauer, die unter der glorreichen Führung des RGO.-Mannes Rimbach dem Rufe der Organisation zur Einstellung der Arbeit nicht folgten, sondern ihren Kameraden der anderen Orte in den Rücken fielen und somit sich als Streikbrecher produzierten. Rimbach bekam es noch fertig, in der konstituierenden Generalversammlung des Gesamt-Verbandes am 19. Januar 1930 seine schofle Handlungsweise und die seiner Kollegen zu rechtfertigen, indem er erklärte: „Mir streike doch nicht, wenn die in Frankfurt wolle, mir streike, wenn mir wolle.“ — In der Ausgabe vom Freitag, dem 6. November, der kommunistischen Arbeiterzeitung war auch eine Mitteilung enthalten, daß die Hanauer Transportarbeiter in einer Versammlung ebenfalls über den Anschlag auf ihre Existenz sehr erregt gewesen seien. Es wurde angekündigt, daß in einer Versammlung am 8. November nach aller Voraussicht ebenfalls der Streik für diese Gruppe beschlossen werden würde. Diese Verkündung ist bis heute ebenfalls noch nicht in die Tat umgesetzt. Sie wird auch nicht umgesetzt werden können, weil die in Betracht kommende Organisation sich ihre Marschrouten von einer Hand voll RGO.-Leuten nicht vorzeichnen läßt. — Wie die RGO. aber ihre Streikbewegungen führt, beweisen die Vorgänge im Frühjahr d. J. in *Darmstadt*. Dort hatten die Möbeltransportarbeiter, von denen der größere Teil unständige Arbeiter und schon seit längerer Zeit arbeitslos sind, den Streik beschlossen (die hatten ja leicht beschließen). In großer Aufmachung in den kommunistischen Blättern wurde der aufhorchenden Welt kund und zu wissen getan, daß der Streik der Darmstädter Möbeltransportarbeiter (zirka 2 Duzend Mann) von der RGO. geführt würde. Die „Führung“ war so, daß es die wenigen in Arbeit stehenden und dem Gesamt-Verband angehörenden Kollegen vorzogen, die von der Organisation mit der Arbeitgeberorganisation getroffene Vereinbarung anzuerkennen und ihren Platz wieder einzunehmen. Die Anhänger der RGO. wurden vom Gesamt-Verband ausgeschlossen. Sie beabsichtigten, in der RGO. einen besonderen Laden zu errichten, was angeblich nicht gestattet wurde. Bei der bevorstehenden neuen Lohnabbau-bewegung im Darmstädter Transport- und Großhandels-gewerbe können ja nun die Strategen von der RGO. zeigen, was sie leisten können.

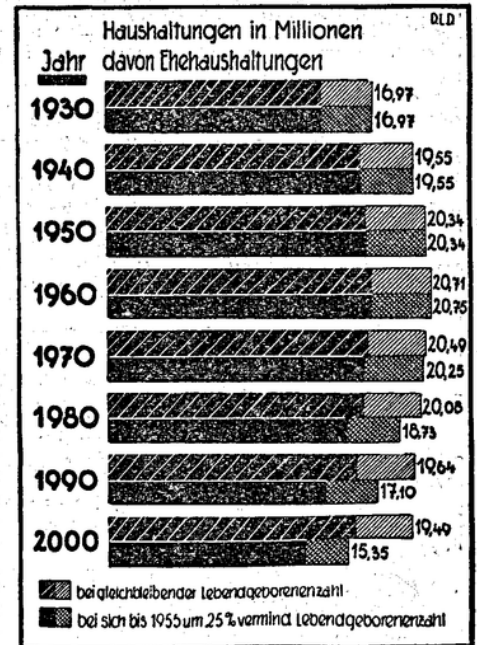
Kapitalistische Wirtschafts„ordnung“. Der Augustnummer der Zeitschrift des Verbandes der Telegraphenarbeiter in den Vereinigten Staaten entnehmen wir folgende Notiz, welche diese Zeitschrift selbst wieder der *Chicago Tribune* entnommen hat. Sie

ist so charakteristisch für die kapitalistische Wirtschafts„ordnung“, daß sich ihre Wiedergabe auch hier lohnt.

„Schwere Zeiten. In diesem Jahre wäre die kalifornische Pfirsichernte auf 17 Millionen Kisten Pfirsiche gekommen — 4 Millionen mehr als im letzten Jahre —, wenn sie verwendet worden wäre. Aber sie wird auf Grund von Abmachungen auf 9 Millionen reduziert. Die Vereinigung der Konservenfabrikanten will 144 000 Tonnen Pfirsiche aufkaufen und vernichten und außerdem die Pfirsichbäume auf ungefähr 12 000 Morgen umhauen lassen. Auf diese Weise hofft man, den Pfirsichpreis auf einer wirtschaftlichen Höhe zu stabilisieren. — Die armen alten Vereinigten Staaten machen schwere Zeiten durch, weil sie zubielt von allem haben, zubielt Essen, zubielt Kleidung, zubielt Maschinen, zubielt Gebäude, zubielt Gold, zubielt Baumwolle, zubielt Weizen, zubielt Korn, zubielt Obst. Ein Fußballspieler, der aber nur spielen kann, wenn er einen Manager findet, ist 50 000 Dollar wert; in einem einzigen Rennen bringt das gewinnende Pferd 73 000 Dollar ein; ein Freisbozer kann ein Vermögen einheimen mit einem Kinnhaken. Schwere Zeiten für ein Land, das befürchten muß, daß noch eine gute Ernte und eine Schiffsladung Gold mehr seinen Wiederanstieg unmöglich machen. Man hat Angst vor einem schlimmen Winter bei einer Ueberfülle von Nahrungsmitteln. Das Landwirtschaftsministerium plagt sich damit, den Weizen zu verbrennen, um das Land zu retten. Eine gute Ernte bedeutet heute nur eine schlimme Nachricht mehr. Der Bauer bringt das Korn in die Scheunen und stolpert selbst ins Armenhaus. Der Fabrikant läßt seine Maschinen schneller laufen, um dann vor dem Nichts zu stehen. Die Vereinigten Staaten haben von dem Füllhorn der Gaben einen tödlichen Schlag erhalten.“

Daneben hätte das Blatt noch sagen müssen, daß bei diesem erstickenden Reichtum unzählige Millionen Proletarier in der allerbittersten Not stecken und dem Verhungern nahe sind, nur weil die angeblich von Gott gewollte kapitalistische Gesellschaftsordnung keine vernünftige Wirtschaft d. h. rationale Produktion, rationale Warenverteilung und rationale Anwendung aller menschlichen Arbeitskräfte zulassen will. Darum richtet sich unser Kampf gegen die unvernünftige, kapitalistische Wirtschaft, für Einführung vernünftiger, sozialistischer Wirtschaft.

Zur Entwicklung des Baumarktes. Auf dem Wohnungsbau-markte ist noch immer keine Klarheit. Ein großer Teil der in den letzten Jahren gewährten Hauszinssteuer-Hypotheken kann nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, da auch die Einkünfte aus der



Reichsfinanzminister Dietrich wies des öfteren darauf hin, daß man zu der Finanzierung des Baumarktes zu der bisher gelübten Weise nicht mehr zurückkehren könne, da eben keine Finanzmittel mehr zur Verfügung wären. Es müßten Mittel gefunden werden, daß der private Baumarkt wieder selbstständig rentabel arbeiten könnte. Wie unser Schaubild zeigt, wird ja im nächsten Jahrzehnt der Bedarf an Wohnungen für junge Ehepaare noch ansteigen, unter der Voraussetzung, daß die Heiratsziffer nicht stark absinkt. Der Geburtenrückgang in der Nachkriegszeit wird sich ja in der Zahl der Haushaltungen erst nach 1950 auswirken. Allerdings wird schon von 1940 an der Bedarf an Wohnungen für Neuvermählte geringer sein als augenblicklich.

Lösung des Rätsels in Nr. 46 der „Gewerkschaft“. 1. Satire, 2. Taktik, 3. Aera, 4. Radium, 5. Kaleidoskop, 6. Tarif, 7. Unterlauf, 8. Alger, 9. Serajewo, 10. Examen, 11. Referat = „Stärke unserer Kampffront!“